

Wilfried Kurtzke, Gunter Quaißer (Hg.)

Alternative Wirtschaftspolitik – Tro(o)st in Theorie und Praxis

Axel Troost zum 60. Geburtstag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Gespräch mit Rudolf Hickel

„Eine unverzichtbare Vorbemerkung zu Axel Troost“

Steffen Lehndorff

Der Polit-Ökonom in der Euro-Krise

John Grahl

Ein Elefant im Porzellanladen? Deutschland und die Eurozone

Rudolf Hickel

Euro ja, aber anders: Gegen neoliberale Marktdominanz

Mechthild Schrooten

Finanzkrise und Bankensektor – Strukturprobleme ungelöst

Hermann Bömer

Moderne Industrie- und Regionalpolitik in Europa

Cornelia Heintze

Lernen von Skandinavien? Erwerbsintegration von Frauen

Franziska Wiethold

Alternative Wirtschaftspolitik und die Geschlechterfrage – ein schwieriges Verhältnis?

Klaus Steinitz Probleme einer alternativen Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland im Spiegel des MEMORANDUM

Wolfgang Kühn

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zur Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Beitritt der DDR

Tobias Kaphegyi/Henrik Piltz

Trends in der Bildungsfinanzierung: Paradigmenwechsel oder „innere Landnahme“?

Jörg Goldberg

Aufstieg des Südens und Variationen kapitalistischer Entwicklung

Heinz-J. Bontrup

Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Kapitalismus

Hagen Kühn

Freiheit, Gleichheit und Gesundheit

Rudolf Martens

Kostendruck im Gesundheitswesen am Beispiel der ambulanten Pflege

Peter Hennicke

Energiewende: Chancen und Herausforderungen

Norbert Reuter

Wachstum als Ziel? Abkehr von der Wachstumsideologie

Karl Georg Zinn

Zeithorizonte des Wirtschaftswachstums und die kurze Sicht der Politik



Bitte liefern Sie mir _____ Exemplar(e) des Buches

„Alternative Wirtschaftspolitik – Tro(o)st in Theorie und Praxis“

Marburg, BdWi-Verlag, 2014 · Preis: 18 Euro

Bitte einsenden an » Adresse: BdWi-Verlag, Gisselberger Str. 7, 35047 Marburg

Fax: 0 64 21.16 32 66

E-Mail: verlag@bdwi.de

Bestellen: (nur beim Verlag – noch nicht im Buchhandel)

Auslieferung: Ende September 2014

Name, Vorname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____



Vorwort

Axel Troost zum 60. Geburtstag

Besondere Ereignisse, so heißt es, erfordern besondere Maßnahmen. Besondere Menschen verdienen besondere Würdigungen. Festschriften zu Ehrentagen gehören eigentlich zu den Gepflogenheiten aus dem universitären Betrieb. Axel Troost ist auf jeden Fall ein Mensch, für den eine Festschrift zu seinem 60. Geburtstag fällig ist, auch wenn er nicht im engeren Sinne im akademischen Bereich tätig ist. Geboren wurde Axel Troost am 1. September 1954 in Hagen (man könnte meinen, dass die Geburt am Anti-Kriegstag durchaus auch prägende Einflüsse auf sein Leben haben). Nach dem Abitur 1973 an der Schule Schloss Salem studierte er Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität in Marburg. 1982 schloss er dort seine Promotion ab. Ein Jahr zuvor kam der Schritt, der prägend für sein weiteres Leben werden sollte: Er wurde Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Die jahrzehntelange Arbeit dieser Gruppe wäre ohne sein Wirken so nicht vorstellbar. Es ging dabei immer darum, aus makroökonomischer Sicht (wirtschafts)politische Alternativen zu entwickeln.

Die andere Ebene seines ökonomischen Wirkens begann 1984, als er mit anderen das Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH (PIW) gründete, dessen Geschäftsführer er bis heute ist. Da ging es um Auftragsforschung, um konkrete Ergebnisse und umsetzbare Vorschläge aus regionaler und mikroökonomischer Sicht.

Wissenschaftlich hat Axel Troost bereits mit einer Dissertationsschrift „Staatsverschuldung und Kreditinstitute“ Akzente gesetzt, ein Thema, das heute aktueller denn je ist. Der Text drückt sein Interesse an empirisch fundierter Forschung aus, die durchaus auch theoretisch verankert ist, sich aber nicht in abstrakten „Glasperlenspielen“ verliert. Manche Passagen lesen sich auch heute noch mit Erkenntnisgewinn. Die Rolle der Staatsverschuldung, die eben vornehmlich nicht der Profitbringer und das Spekulationsziel der Finanzmärkte darstellt, sondern vor allem ein Stabilitätsanker im Finanzsystem ist, scheint bei den folgenden Sätzen durch: „Auch wenn exakte Angaben über die Zinsdifferenz zwischen der Darlehensvergabe der Kreditinstitute an private und öffentliche Stellen nicht vorliegen, zeigen die vorstehenden Ausführungen, dass die Kredite an die öffentlichen

Haushalte zumindest mittel- und längerfristig unter Ertragsgesichtspunkten keinen vollwertigen Ersatz für die Geschäftsaktivitäten mit der privaten Kundschaft darstellen können.“ Wer denkt da nicht an aktuelle deutsche Staatsanleihen, die inzwischen real sogar eine negative Rendite bringen.

Dass die grundsätzliche geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank nicht ohne historischen Vorlauf ist, zeigt das folgende Zitat aus seiner Dissertation: „Eine expansive Geldpolitik wird daher versuchen, die Unterbringung der staatlichen Schuldtitel zu erleichtern und durch eine Anreicherung der Liquidität der Kreditinstitute eine Senkung des gesamtwirtschaftlichen Zinsniveaus zu unterstützen.“ Natürlich war damals die Deutsche Bundesbank der Akteur, und natürlich war die Situation auch weit von der heutigen Dramatik in der Eurokrise entfernt. Aber bei der beschriebenen Stoßrichtung sind die Parallelen unverkennbar. Auch wenn sich die konkreten Verhältnisse seither natürlich stark verändert haben, so liefert Axel Troosts Arbeit immer noch Anregungen für die Debatte über die Verteilungswirkungen der Staatsverschuldung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung schlug dann die Stunde des „praktizierenden Aufbauhelfer Ost“ (Wolfgang Kühn). 1990 gründete Axel Troost das Büro für Strukturforchung Rostock (BÜSTRO) und eine Zweigstelle des PIW in Teltow. Neben vielen anderen Studien war ein Arbeitsschwerpunkt die Konzeptionierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS). Nach dem Niedergang der aktiven Arbeitsmarktpolitik und weiter hoher Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit vor allem in Ostdeutschland wurde der ÖBS zu einem Kerngedanken linker Arbeitsmarktpolitik. Auch in den Forderungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist der ÖBS seit dieser Zeit fester Bestandteil des Forderungskanons. Das Konzept war von Axel Troost so überzeugend formuliert worden, dass es in Mecklenburg-Vorpommern exakt so umgesetzt wurde.

Nach der Jahrtausendwende begann die Phase des Parteipolitikers Axel Troost. Zwar gab es in jüngeren Jahren schon einmal kurze Intermezzi zunächst in der SPD und später in der DKP, wirklich nachhaltig war das aber nicht. Doch die Zeiten und die Verhältnisse hatten sich geändert und Axel Troost erinnerte sich daran wie folgt: „Das eine war die Erkenntnis, dass sich das rot-grüne Projekt so dramatisch in Richtung einer neoliberalen Politik entwickelt hat. (...) Auf der anderen Seite hat sich die Situation im Laufe dieses einen Jahres so zugespitzt, dass ich gemerkt habe: Ich muss mich wirklich auch engagieren, nicht nur als Ökonom und Wissenschaftler, sondern im politischen Raum“ (Troost 2012)

2004 war Axel Troost einer der Mitgründer der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Er war auch einer der treibenden Kräfte, die eine Fusion der WASG mit der PDS zur neuen Partei Die Linke anstrebten. 2005 zog er in den Bundestag ein. Dort wurde er der Finanzpolitische Sprecher seiner

Fraktion. Vorläufiger Höhepunkt seiner Parteikarriere war die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Linken 2012.

Will man das vielfältige wissenschaftliche und politische Wirken von Axel Troost auf den Punkt bringen, so passt am besten eine Zuschreibung, die Steffen Lehndorf in seinem Aufsatz in diesem Band von ihm macht: der Polit-Ökonom. Das ist die personifizierte Umschreibung einer Begrifflichkeit, die zweierlei enthält: Einmal einen Bezug zu Linkskeynesianismus und Marxismus, kritischen Theorien, in denen Volkswirtschaftslehre noch mit politischer Ökonomie buchstabiert wird. Zum anderen die untrennbare Verbindung zwischen ökonomischer und politischer Sphäre. Beides verkörpert Axel Troost wie kaum jemand anderes.

Eine andere Begrifflichkeit, die Axel Troost nahezu idealtypisch ausfüllt, ist die des Mosaik-Linken. Der Gedanke der Mosaik-Linken wurde von Hans-Jürgen Urban geprägt. Gemeint ist damit eine linke Bewegung, die sich aus vielfältigen, auch wechselnden Strukturen und Personen zusammensetzt und nicht mehr durch Großorganisationen geprägt ist. Neben vielen Initiativen zählen potenziell auch Teile von SPD, Grünen und Linken zu einer solchen Mosaiklinken. In dieser Parteienallianz müsse ein identitäts- und strategiestiftendes Projekt einer solidarisierten Politik entwickelt werden. „Dies hätte eine mosaiklinke Politikagenda zu leisten, durch die sich die Parteien mit ihren Profilen, ihren Kulturen und Interessen in ein gemeinsames Ganzes integrieren können und die die Entwicklungsrichtung des gemeinsamen Vorhabens erkennbar macht. (...) Nicht minder bedeutsam ist jedoch die Förderung gesellschaftlicher Projekte und Kräfte, die an der Linksverschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse arbeiten, ohne die das Mosaik-Projekt nicht erfolgreich sein kann.“ (Urban 2014) Parteiübergreifende, inhaltliche Projekte zu entwickeln, die linker Politik zum Durchbruch verhelfen können – daran arbeitet Axel Troost im Institut Solidarische Moderne, wo er seit 2010 Mitglied des Vorstandes ist.

Linker (Wirtschafts)Politik zum Durchbruch zu verhelfen – das ist auch eine der Kernaufgaben der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Damit sind wir bei den Inhalten dieser Festschrift angekommen. Wie kann man einen Wissenschaftler und Politiker wie Axel Troost besser ehren, als ihm Analysen und Konzepte alternativer Wirtschaftspolitik zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Konzepte, die sich gegen den neoliberalen Mainstream stemmen, die die Verwüstungen dieser Politik anprangern und praktische und theoretische Alternativen aufzeigen. 18 Autorinnen und Autoren, die sich alle – zum Teil seit Jahrzehnten – in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik engagieren, spannen einen weiten inhaltlichen Bogen: von der Eurokrise, der Geschlechterfrage, den Problemen Ostdeutschlands, der Bildungsfinanzierung, der Wirtschaftsde-

mokratie, dem Gesundheitswesen bis zu Fragen von Ökologie und Wachstum. Sie zeigen damit die Vielfalt der Debatten alternativer Wirtschaftspolitik auf. Sie zeigen aber auch die Gemeinsamkeiten: Dass eine Wirtschaftspolitik nötig und möglich ist, die nicht im Sinne von Herrschaft und Profit agiert, sondern emanzipatorischen Charakter hat.

Axel Troost persönlich geht es auch darum, die verschiedenen Traditionen und Kulturen in seinem Wirkungsfeld nicht gegeneinander zu diskutieren. „Das Brückenbauen sehe ich schon als eine meiner Aufgaben.“

Das Brückenbauen ist nicht nur eine Aufgabe, sondern es drückt das Wesen von Axel Troost aus. Er baut Brücken, überall, wo er lebt und agiert. Er bringt Menschen zusammen. Das schafft er nur, weil er ein grundehrlicher Charakter ist, weil er immer fair mit Menschen umgeht. Weil er sie so akzeptiert, wie sie sind. Weil Solidarität und Würde für ihn keine abstrakten Begrifflichkeiten, sondern selbstverständliche Werte sind.

Wilfried Kurtzke

Gunter Quaißer

„Eine unverzichtbare Vorbemerkung zu Axel Troost“

Ein Gespräch der Herausgeber
Wilfried Kurtzke und Gunter Quaißer
mit Rudolf Hickel.

Hg.: Wissenschaft und Politik – das sind wohl die zwei wichtigsten Tätigkeitsfelder von Axel Troost. Beides betreibt er mit Herzblut. Dahinter steht auch sein über dreißigjähriger Einsatz für die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Mit dem vorliegenden Buch würdigen seine Weggefährtinnen und Weggefährten der „Memo-Gruppe“ diesen Einsatz. Rudolf Hickel, du hast 1975 mit anderen die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gegründet und wenige Jahre später Axel Troost kennen gelernt.

Rudolf Hickel: Axel Troost zum sechzigsten Geburtstag für seine wissenschaftlichen und politischen Leistungen und Managementfähigkeiten zu würdigen, ist mir eine große Ehre. Mehrere Festschriften hat er für alt gediente Professoren und Sympathisanten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit unglaublichem Einsatz auf den Weg gebracht. Jetzt ist er endlich selbst dran. Mir ist bewusst, Ehrungen zu seinem Lebenswerk mag er nicht. Aber diese Laudatio, die er nun wirklich verdient hat, muss er aushalten. Die teils auch mühselig durchgesetzten, heute weit über seine eigene Partei und die links-kritische Wirtschaftswissenschaft hinaus anerkannten Leistungen basieren auf miteinander verkoppelten spezifischen Troost-Eigenschaften.

Hg.: Troost-Eigenschaften? Das klingt nach etwas besonderem.

Rudolf Hickel: Das politisch-gesellschaftliche Engagement, das der Schaffung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen der vom unternehmerischen „Investitionsmonopol“ Abhängigen – so nannte Erich Preiser dies – dient, treibt auch seine wissenschaftliche Arbeit an. Empirisch fundiert, auf die realen Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus ausgerichtet, widerlegt er nicht nur die beherrschenden „Mainstream economics“, sondern er konzentriert sich auf Elemente einer gesellschaftlich verantwortlichen, emanzipatorischen Ökonomie. Die Verwertung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse in der politischen Arbeit ist sein Markenzeichen.

Hg.: Das wäre doch eigentlich ein Normalzustand in der Politik: wissenschaftliche Erkenntnisse nutzen.

Rudolf Hickel: Ja, aber Axel Troost legt sich auf der Basis seiner Erkenntnisse, wenn es unvermeidbar ist, auch mit gestanzten, am Ende nicht hinterfragten Positionen im eigenen Politikfeld an. Den daraus oftmals resultierenden politischen Konflikten stellt er sich. Dabei ist ihm taktischer Opportunismus zuwider. Überlagert wird sein politischer und wirtschaftswissenschaftlicher Einsatz durch eine Ressource, die er einzusetzen weiß. Gemeint ist sein Organisationstalent, von dem viele profitiert haben. Dazu ein schlagendes Beispiel: 1981 wurde er Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Mit Jörg Huffschmid war ich mir immer einig, ohne Axel Troosts inhaltlich angetriebenen organisatorischen Einsatz gäbe es die Memo-Gruppe schon lange nicht mehr. Immer das Ziel der Verbreitung einer alternativen Wirtschaftspolitik im Blickpunkt, hat er auch die sich gelegentlich genialistisch wahrnehmenden und sich auch schon mal überschätzenden Streithähne in der Gruppe domestiziert. Als einer der Betroffenen glaube ich zu wissen, wovon ich rede. Allein schon für diese Disziplinierungsarbeit zugunsten einer rationalen Diskussion gilt ihm heute mein Dank.

Hg.: Wissenschaft, Politik und jetzt auch noch Organisation – das dritte Tätigkeitsfeld?

Rudolf Hickel: Es könnte durchaus sein, dass die Befähigung zum Organisieren und zum Engagement im vornehmem Internat Schloss Salem gegen Vereinzelung oder dumpfes Zusammensein gewachsen ist. Sich als Unikat wahrzunehmen ist ihm aber zuwider. Auch die Parteienlandschaft hat von seiner Organisationskraft profitiert. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an seinen immensen Einsatz für die Gründung der WSAG und deren Fusion mit der PDS zur Partei Die Linke. In seinem Amt als Bundestagsabgeordneter hat er mit seinem finanzwissenschaftlichen Verstand nicht nur zum finanzpolitischen Profil der neuen Partei, sondern des gesamten Bundesparlaments beigetragen.

Hg.: Axel Troost hat sich bereits sehr früh – im Rahmen seiner Dissertation – mit Staatsverschuldung beschäftigt. Da wusste man noch nicht, dass das mal eines der bestimmenden politischen Themen werden würde.

Rudolf Hickel: Richtig. Das Grundmuster der wissenschaftlichen Analyse von Axel Troost und deren politischer Verwertung zeigt sich bereits in seiner pionierhaften Dissertation „Staatsverschuldung und Kreditinstitute: Die öffentliche Kreditnachfrage im Rahmen des gesamten Kredit- und Dienstleis-

tungsgeschäft der Geschäftsbanken“, die 1984 veröffentlicht worden ist. Diese theoretisch fundierte Untersuchung, in der die makroökonomische und bankenbetriebswirtschaftliche Bedeutung der Staatsverschuldung untersucht wurde, widerspricht der heute noch kursierenden Aussage, die vermögensstarken Eigentümer von staatlichen Wertpapieren würden sich eine „goldene Nase“ zu Lasten derjenigen verdienen, die die Steuern für die Zinsaufwendungen leisten müssen. Das wichtigste Ergebnis: Wegen der vielen Einflüsse auf die Geschäfte einer Kreditbank lässt sich zu den Nutznießern keine eindeutige Aussage machen! Das nicht eindeutig bestimmte Resultat ist auch eine Erkenntnis.

Hg.: Die Banken sind keine Nutznießer der Staatsverschuldung? Das ist eine Erkenntnis, die viele heute noch überraschen wird.

Rudolf Hickel: Ja, aber die Politik kann noch mehr von Axel Troost lernen. Mit seinem wissenschaftlichen Engagement gerät er gelegentlich auch in Widerspruch zu linkspolitisch wohl gehüteten Gewissheiten. Das belegen auch seine wohlbegründeten Thesen zur Eurorettung.

Hg.: Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wird auch heute noch als Bremer Gruppe wahrgenommen – dabei arbeitet sie an wechselnden Orten und im Internetzeitalter natürlich längst elektronisch vernetzt. Welche Bedeutung hat Bremen für Axel Troost?

Rudolf Hickel: Nach dem Abschluss seiner Dissertation wechselte er Anfang der achtziger Jahre mit seiner Familie nach Bremen. In unserem gemeinsamen Forschungsprojekt an der Universität Bremen haben wir zusammen mit Detlef Roth eine erste kritische Bestandsaufnahme des föderalen Finanzausgleichs vorgelegt und Perspektiven der Reform für Westdeutschland herausgearbeitet. Die Freie Hansestadt Bremen wurde durch ihn zum Sitz der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Bis heute läuft die postalische Kommunikation zur Alternativökonomie über eine Bremer Postleitzahl.

Hg.: Axel Troost hat in Bremen ein Forschungsinstitut gegründet. Was hat das Institut bewirkt?

Rudolf Hickel: Im Stadtstaat gründete er das privatwirtschaftlich ausgerichtete Forschungsinstitut PIW – Progressinstitut für Wirtschaftsforschung. Regional- und Strukturanalysen wurden erstellt. So ist neben vielen anderen Veröffentlichungen die Studie zur Konversion der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven, deren Hafenanlagen der US-Army als maritimer Umschlagort dienten, entstanden. Mit seiner Tochter Anne zusammen haben wir auf der Basis einer Vollerhebung eine Studie zur ökonomischen und sozialen Funktion des

Vereinssports für den Landessportbund Bremen vorgelegt. Unser Ziel, die öffentliche Finanzierung von Sportanlagen für die Vereine zu stärken, ist an der erschreckenden Polemik gegen die Ergebnisse durch den damaligen Bürgermeister Henning Scherf gescheitert. Das PIW hat sich zusammen mit seinen Tochtergesellschaften sehr schnell zur wichtigen Beratungsinstanz für den Aufbau Ost vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen entwickelt. Der Blick auf die aus dem PIW hervorgegangenen Studien spiegelt die erfolgreiche Arbeit des Wissenschaftsorganisations Axels Troost wider.

Hg.: Vor fast zehn Jahren ist Axel Troost dann voll in die Politik eingestiegen und wurde schnell finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Rudolf Hickel: Mit dem Bundestagsmandat für Die Linke hat sich Axel Troost durch seine Arbeit mit finanzpolitischen, insbesondere auch steuerpolitischen Themen profiliert. Seine Konzepte zur Bändigung der entfesselten Finanzmärkte haben ihm ein Renommee weit über seine Partei hinaus verschafft. Mit dem Ausbruch der Eurokrise ist die Analyse der Ursachen, der Folgen sowie der Alternativen sein Thema geworden. Sein wissenschaftliches und politisches Profil wirkt überwältigend. Sein Talent, mit organisatorischer Kraft inhaltlich fundiert wissenschaftliche Inhalte voranzutreiben und zu institutionalisieren, verdient größte Anerkennung.

Eine sehr persönliche Anmerkung sei am Ende unseres Gesprächs erlaubt: Er schöpft seine vielfältig eingesetzte Kraft aus seiner Familie mit Marianne Troost im Zentrum. Dieser Familienmensch findet seine persönliche Erfüllung in seinen Kindern und Kindeskindern.

Steffen Lehndorff

Der Polit-Ökonom in der Euro-Krise

Die Dauerkrise der Eurozone gehört zu den großen Themen, die alljährlich im Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik behandelt werden, und Axel Troost gehört zu den Kolleginnen und Kollegen, die hier ihr fundiertes Wissen einbringen. Aber Axel Troost beteiligt sich auch als Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender seiner Partei an den tagesaktuellen Debatten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch hier nimmt die Euro-Krise selbstverständlich einen prominenten Platz ein. Es gibt nicht viele, denen es wie ihm gelingt, wirtschaftswissenschaftliches Wissen und Erfahrung mit fortschrittlicher politischer Orientierung zu verbinden. Da er Populismus scheut, wird ihm dabei zwar weniger Medien-Aufmerksamkeit zuteil als manch anderen. Da er jedoch auch kein Freund von selbst-vergewissernden Allgemeinheiten oder agitatorischen Evergreens ist, stoßen seine Beiträge bei all jenen auf großes Interesse, die eigenständige Politikempfehlungen auf der Basis ernsthafter, empirisch fundierter Analysen schätzen.

Seine Beiträge zur Euro-Krise sind teils informative aktuelle Kurzkommentare, die er vorzugsweise übers Internet und seinen Newsletter verbreitet, teils ausführlichere Analysen, die er gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag erarbeitet hat. Typisch für seine Analysen ist der – in meinen Augen gelungene – Versuch, die komplizierten Zusammenhänge hinter der Euro-Krise so auf den Punkt zu bringen, dass oberflächliche Sprüche vermieden werden und ein Nicht-Fachpublikum sie dennoch verstehen kann. Zwei Beispiele für diese Anregung zum selber Verstehen und selber Denken sind die Aufsätze, die er mit der Grünen-Bundestagsabgeordneten Lisa Paus im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne (Troost/Paus 2011) und mit Philipp Hersel in der Zeitschrift „Luxemburg“ veröffentlicht hat (Troost/Hersel 2012).

Ganz im Sinne des Gedankens von Elmar Altvater (2013), dass „eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft keine Zukunft“ habe, wird in dem zuletzt genannten Aufsatz die Wurzel der Euro-Fehlkonstruktion auf den Punkt gebracht: „Die Europäische Union ist spätestens mit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung des europäischen Binnenmarktes Anfang der 1990er Jahre ein Projekt der Staatenkonkurrenz geworden.“ Was es bedeutet, wenn Staaten innerhalb einer Währungsunion miteinander konkurrieren, als wären es Unternehmen, wird

in dem Artikel einprägsam durchdekliniert. Der grundsätzliche Ausweg aus dieser den Neoliberalismus gewissermaßen institutionalisierenden Sackgasse wird – anknüpfend an den gemeinsam mit Lisa Paus veröffentlichten Vorschlag – als „Ausgleichsunion“ beschrieben. Was das im Einzelnen bedeuten kann – von der Steuerpolitik über die Rolle der EZB bis hin zu gemeinsamen Staatsanleihen (Eurobonds) – wird in diesem Artikel ausbuchstabiert. Ich will auf diese Themen hier nicht eingehen, sondern lediglich die (erneute) Lektüre des unverändert aktuellen Aufsatzes empfehlen. Mir kommt es an dieser Stelle und zu diesem Anlass auf etwas anderes an: Im Unterschied zu vielen anderen, teilweise auch fortschrittlichen Ökonominen und Ökonomen behandelt Axel Troost die Neu-Konstruktion der Gemeinschaftswährung nicht allein oder in erster Linie als eine „wirtschaftstechnische“ Herausforderung, was ja das Wort „Konstruktion“ nahelegt. Ebenso wenig steht bei ihm die Notwendigkeit einer (verfassungsjuristischen) Vertragsänderung im Mittelpunkt, die vor allem Juristinnen, Politikwissenschaftler und politische Philosophinnen umtreibt und deren Möglichkeit oder Unmöglichkeit heftig und kontrovers debattiert wird (vgl. u. a. Scharpf 2011, Habermas 2013 und Streeck 2013). Das sind alles sehr wichtige und häufig offene Fragen. Doch Axel Troosts besonderes Interesse gilt nach meinem Eindruck den (wirtschafts)politischen Veränderungen und der politischen Dynamik, von denen abhängt, ob es überhaupt zu einer Neu-Konstruktion kommt und wie diese dann gegebenenfalls praktisch funktioniert.

Ein Beispiel: Das Konzept der „Ausgleichsunion“ zielt auf die Schaffung eines Anreizsystems ab, mit dessen Hilfe die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Währungsunion abgebaut werden. Dann bekämen auch gemeinsame Euro-Anleihen einen Sinn, der über eine reine Umverteilung hinausginge. Damit so etwas funktioniert, muss es jedoch bei den wichtigsten Beteiligten einen Politikwechsel geben. Zu allererst natürlich in Deutschland – durch Stärkung der privaten Nachfrage, Ausweitung der öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen und die Förderung des ökologischen Umbaus. Nur bei einem „Politikwechsel, der auch Deutschland zu einer für seine Europäischen Nachbarn erträglichen Wirtschaftspolitik nötigen würde“, gäbe es eine „durchaus realistische Chance, dass die Krisenländer zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zurückfinden und ihre Staatsschulden bedienen können. Dann dürfte das Projekt ‚Euro-Anleihen‘ ein Erfolg werden“ (Troost/Hersel 2012, S. 12). Der zuletzt angesprochene Aspekt wird schließlich zugespitzt, wenn der Sinn von Euro-Anleihen an die Bereitschaft der beteiligten Regierungen zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte geknüpft wird: „Solange letzteres nicht passiert, machen Euro-Anleihen allerdings nur eingeschränkt Sinn, denn die Währungsunion wird dann so oder so in wenigen Jahren auseinanderbrechen“ (Troost/Hersel 2012, S. 13).

In diesem Aufsatz liegt das Hauptaugenmerk auf dem notwendigen Politikwechsel in Deutschland. Aber dieser ist zwar eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung. In einem seiner aktuellen Kommentare argumentiert Axel Troost (2014, S. 3) am Beispiel Griechenlands: „Der Kernpunkt in der Konzeption einer Alternative ist: ohne eine Restrukturierung der Wirtschaft in Griechenland und den anderen Krisenstaaten mit einer neuen europäisch gedachten Wertschöpfungs- und Wachstumsstrategie werden diese Länder aus ihrer Lage nicht herauskommen. Dieser wirtschaftliche und soziale Erneuerungsprozess kann von den ausgemergelten Krisenstaaten nationalstaatlich nicht alleine geleistet werden.“

Eine solche Argumentation ist auf der Linken – im weitesten Sinne – keineswegs selbstverständlich. Manche meinen, dass durch eine aggressivere Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften alles ins Lot käme. Andere fokussieren sich auf mehr (und vor allem mehr demokratisch legitimierte) Integration als Ausweg. Wieder andere wenden sich resigniert ab und sehen in der Rückkehr zu freien Wechselkursen und der Verteidigung der verbliebenen sozialen Errungenschaften im nationalstaatlichen Rahmen die einzige Chance. Kurz: Entweder-Oder-Sichtweisen und Knopfdruck-Vorstellungen sind weit verbreitet. Axel Troost dagegen denkt eher in den Kategorien von Wechselwirkungen zwischen Veränderungen auf verschiedenen Handlungsebenen und der Rolle der Politik dabei. In dieser Denkweise kann er sich beispielsweise durch eine italienische Ökonomin bestärkt fühlen, die den Zusammenhang aus ihrer südeuropäischen Perspektive sehr provokativ auf den Punkt bringt: „Ein möglicher positiver Aspekt der Krise ist, dass sie die Italienerinnen und Italiener davon überzeugt, dass sich das Land gegenwärtig auf dem Weg in den Ruin befindet, von dem es weder von außen (durch Europa oder Deutschland) noch durch regionalen Egoismus oder die Versprechen populistischer Parteien gerettet werden kann. Erst wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, können wir um Europas Hilfe ersuchen – und sie sogar verlangen. (...) Jetzt sind Notmaßnahmen erforderlich, die den Weg ebnen für einen langfristigen Wiederaufbau. Für eine Wachstumsstrategie, die dreierlei beinhalten muss: Erstens die Lockerung der Kürzungspolitik in den geschwächten Ländern der Peripherie, zweitens ein strategisches Investitionsprogramm sowohl für die Defizit- als auch die Überschussländer, und drittens neue Regeln, die das Entstehen genau jener Ungleichgewichte verhindern, die überhaupt erst zu der gegenwärtigen misslichen Lage geführt haben“ (Simonazzi 2014, S. 76 ff.).

Es ist genau diese real existierende Verzahnung, auf die Axel Troost (2013a) anspielt, wenn er schreibt: „Der Euro ist trotz seiner Konstruktionsfehler historische Realität. (...) Er lässt sich – nach nunmehr fünfzehn Jahren – aber eben nicht mehr naiv rückabwickeln. Deshalb muss die Euro-Zone und die EU zu einem wirklichen Integrationsprojekt weiterentwickelt werden.“ Und nüchtern fährt er

fort: „Wir haben ein ganzes Bündel von Forderungen zur Krisenüberwindung, etwa im Bereich der Steuerpolitik, der Staatsfinanzierung, dem Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und der Banken- und Finanzmarktregulierung. Viele dieser Maßnahmen können wir genau durchbuchstabieren. Bei anderen, wie dem Wiederaufbau der Realökonomien in den Krisenländern oder dem Ausräumen und Neukonfigurieren der Entscheidungsgewalt auf europäischer und nationaler Ebene müssen wir aber noch überzeugender werden. Letztlich würde keine unserer Maßnahmen allein die Eurokrise beheben. In der Summe würden sie jedoch wirken.“

Die Herausforderung könnte wirklich kaum komplexer sein: Die Infragestellung und Erosion der eigenständigen wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit sowie der sozialen Errungenschaften des Nachkriegskapitalismus im nationalstaatlichen Rahmen hat ja lange vor der Einführung des Euro und der Etablierung des EU-Binnenmarkts begonnen (zum Folgenden vgl. den Überblick über die Analysen der Krisenprozesse in zehn EU-Ländern, Lehndorff 2014). Die in diesem Zusammenhang geschaffenen Regeln und Institutionen haben den Druck immens verstärkt, aber nicht verursacht. Auch sollte nicht vergessen werden, dass es in Europa seit der ersten Mitterand-Regierung in Frankreich zu Beginn der 1980er Jahre keinen Versuch mehr gegeben hat, auf nationaler Ebene den Weg für eine Alternative zum Neoliberalismus zu bahnen. Dem resignativen (wenn auch brillant begründeten) Vorschlag von Streeck (2013, S. 223) zu folgen, sich auf das Streuen von „Sand ins Getriebe“ zu konzentrieren, bedeutet dagegen, sich im Versuch einer Bewahrung früherer Errungenschaften buchstäblich zu erschöpfen. Der Ausweg aus dem Dilemma ist nur nach vorne zu bahnen. Der Unterschied zu früheren Jahrzehnten besteht darin, dass dies immer weniger allein im nationalstaatlichen Rahmen möglich ist. Mochte im ausgehenden 20. Jahrhundert noch der Hinweis auf die Globalisierung zur Begründung dieser Herausforderung genügen (und der erwähnte, sehr schnell abgebrochene Versuch in Frankreich illustriert die Berechtigung dieses Hinweises), werden wir heute in Europa durch die Beschleunigung der wirtschaftlichen Verflechtung und das Festzurren der autoritären Steuerung knallhart mit der wechselseitigen Abhängigkeit über Ländergrenzen hinweg konfrontiert. Wer darauf eine Antwort von Links sucht, sollte so realistisch sein zu akzeptieren, dass heute in Europa immer zwei Dinge zusammen gehören: Es muss auf nationaler Ebene massiven Druck für die Durchsetzung von alternativen Reformprojekten geben, damit die auf europäischer Ebene unvermeidlichen Konflikte vom Zaun gebrochen werden können, um die dort errichteten Blockaden für die Verwirklichung nationaler linker Reformprojekte zu überwinden.

Für meine Vermutung, dass Axel Troost ähnlich denkt, spricht seine Art der Auseinandersetzung mit den immer wieder aufflackernden Forderungen auf der Linken, die Währungsunion aufzugeben und durch ein neues System flexibler Wechselkurse zu ersetzen (vgl. Flassbeck/Lapavistas 2013). Auch hier argumentiert er sowohl ökonomisch als auch politisch. Am Beispiel ausgewählter Mitgliedsländer spielt er nüchtern die „Szenarien eines Endes der Euro-Zone“ durch, und zwar sowohl Modelle eines ungeordneten Zerfalls als auch eines geordneten Ausstiegs (Troost 2013b). In Auseinandersetzung mit Heiner Flassbeck verbindet er dies aber zugleich mit einer politischen Schlussfolgerung (Troost 2012): „Man darf nicht wünschen, dass sich seine Austritts-Strategie durchsetzt, aber man muss wünschen, dass die Krisenländer daraus eine realistische Drohung gegenüber Deutschland machen. (...) Die Einsicht muss lauten: bei einem Euro-Zerfall sind alle Verlierer, aber Länder wie Deutschland haben noch am meisten zu verlieren. Sollte sich tatsächlich eine Front der Krisenländer bilden lassen, die Deutschland geschlossen mit einem Euro-Austritt drohen, dann erhöht genau das möglicherweise die Chancen, dass sich der völlig verfahrenere Euro-Zonen-Zug vielleicht doch noch durch eine Vielzahl von Weichenstellungen umlenken lässt.“

Dieser politische Faden soll hier weitergesponnen werden. Einigkeit dürfte ja darin bestehen, dass linke Euro-Auflösungsszenarien nichts mit rechter Anti-Euro-Demagogie zu tun haben. Denn wenn Rechte gegen den Euro sind, dann deshalb, weil er angeblich schlecht für Deutschland ist (was zwar bislang unglaublicher Unsinn ist, aber – worauf Axel Troost ja gerade hinweist – in dem Moment tatsächlich wahr würde, wenn das bisherige deutsche Geschäftsmodell „profitieren ohne zu investieren“ platzt). Wenn dagegen Linke die Euro-Auflösung zur Diskussion stellen oder sogar fordern, dann deshalb, weil dies ihrer Meinung nach für andere Länder und für die Zukunft Europas gut wäre (und erst dadurch vermittelt letztlich auch für Deutschland!). Ein wichtiger Unterschied, der allerdings gelegentlich verwischt wird, wenn linke Politiker auf diesen Zug aufspringen.

Deshalb ist es hilfreich, sowohl verschiedene ökonomische als auch politische Szenarien durchzuspielen. Die Regierungen solcher Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal haben sich bisher zum überaus willigen Vollstrecker der Troika-Diktate gemacht, weil sie nicht die Kraft besitzen, ihrer Bevölkerung in eigener Regie diese neoliberalen Verelendungsprogramme aufzubürden. Was aber, wenn sie eines Tages plötzlich die Reißleine ziehen, weil ihnen die sozialen und politischen Probleme in ihren Ländern über den Kopf wachsen? Was würde passieren, wenn sie den Notausstieg aus dem Euro suchten? Selbstverständlich wäre dies kein Ausstieg in Fahrtrichtung links. Die enormen wirtschaftlichen und sozialen Folgen von massiver Währungsabwertung und Schuldenschnitt, über die es, wie gesagt, unter kritischen Ökonominen und Ökonomen ja weitgehend Ei-

nigkeit gibt, würden dann den Bevölkerungen dieser Länder ebenso aufgebürdet wie jetzt die Folgen der Troika-Diktate. Nur wären dann „die Märkte“ schuld und nicht mehr Merkel. Neoliberale Politik wurde schon vor dem Euro betrieben und sie kann auch nach einem Ausstieg aus dem Euro fortgesetzt werden. Der Euro ist nicht der Ursprung dieser zerstörerischen Politik, sondern in seiner gegenwärtigen Konstruktion ein ihr dienender Mechanismus.

Dieses Gedankenspiel macht deutlich, dass linke Exit-Debatten Diskussionen ohne Adressaten sind. Welche gesellschaftlichen und politischen Akteure sollen da angesprochen werden? Soll es ein weiterer guter Ratschlag aus Deutschland sein, der den gebeutelten Menschen aus Südeuropa den – diesmal linken – Weg zeigt? Wohl mit der impliziten Botschaft: Tut uns leid, dass wir deutsche Linke zu schwach sind, um unsere Regierung zum Kurswechsel zu zwingen, deshalb rette sich wer kann! Ob derartige Kapitulationserklärungen von den Linken in Südeuropa als hilfreich empfunden werden, sei dahingestellt. Immerhin befinden sich diese bislang mehrheitlich auf anderem Kurs, auch und gerade in Griechenland. Denn es geht ja in diesen Ländern zunächst und in allererster Linie darum, den ihnen von der Troika und der eigenen Regierung (!) aufgezwungenen Katastrophenkurs der Austerität und Zerstörung der Sozialsysteme zu stoppen. Und darum, dadurch mehr Luft zum Atmen zu bekommen, um die dringend erforderliche Neuorientierung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaften durchsetzen zu können – also Reformen, die diesen Namen verdienen. Letztere sind bislang ohne Euro genauso schwer vorstellbar (geschweige denn durchsetzbar) wie mit Euro. Das ist die Frage, vor der die Linke in den sogenannten „Krisenländern“ heute steht. Sie – und nicht die Linke in Deutschland – muss irgendwann entscheiden, ob eine Überwindung neoliberal dominierter Wirtschaftsorientierungen in ihren Ländern ein Ausscheiden aus dem Euro erfordert. Und sie muss erst einmal so weit kommen, dass sie praktisch vor dieser Frage steht!

Um das Gedankenspiel fortzusetzen: Mal angenommen, neue linke Koalitionen hätten in einem der Krisenländer Erfolg und könnten die Regierungspolitik bestimmen – was würden sie als Erstes tun? Aus dem Euro austreten? Eher nicht. Da sie wüssten, welch starkes Interesse die deutschen Eliten an einem Weiterbestehen der Währungsunion haben, würden sie die Troika-Diktate kündigen und Neuverhandlungen fordern – so, wie es die griechische Syriza heute bereits für den Fall eines zukünftigen Wahlsieges ankündigt. Und genau dies ist die Konstellation, auf die Axel Troost in dem oben zitierten Kommentar abzielt.

Die große Frage ist, ob es überhaupt eine Chance gäbe, in einer solchen Auseinandersetzung einen Erfolg für das betreffende Land zu erreichen. Die Antwort auf diese Frage wird sich wahrscheinlich erst in dem tatsächlichen Konflikt

herausschälen. Das ernsthafte Eintreten für wirtschaftspolitische Alternativen im Bereich auch nur eines Nationalstaats, verbunden mit der Forderung nach (zumindest) Lockerung der Fesseln, abweichend von den geltenden Beschlüssen und Grundsätzen des Europäischen Rats und der EU-Kommission, stellt das gesamte politische Gefüge von Binnenmarkt und Währungsunion auf die Probe. Je nach der Konflikt- und Bündnisfähigkeit der Regierung, die da aus der Reihe tanzt (und bis zu einem gewissen Grad das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat ausreizen könnte), wären die übrigen Regierungen gefordert, sich mit dieser Provokation auseinanderzusetzen. Und je nachdem, wie groß ihre Angst vor der Beunruhigung „der Märkte“ und einem möglichen Domino-Effekt in der Währungsunion wäre, müssten sie ihren bisherigen Kurs mehr oder weniger stark lockern oder korrigieren. Aber auch die fortschrittlichen Bewegungen und die Gewerkschaften in anderen Ländern stünden vor einer neuen Situation. Bislang können sie den Eindruck haben, sie lebten in verschiedenen Welten. Doch bei einer offensichtlich politisch – und nicht durch „die Märkte“ – provozierten Krise hätten sie bessere Möglichkeiten, erkennbar an einem Strang zu ziehen. Für alle kritischen Kräfte wäre es leichter, soziale Solidarität über Ländergrenzen hinweg zu üben, an Stelle der nationalen Solidarität innerhalb des eigenen Landes, zu der die gegenwärtig vorherrschende „Konsolidierungspolitik“ vielfach verleitet.

Selbstverständlich können fortschrittliche Regierungen von Krisenländern und die mit ihnen solidarischen Kräfte Europas in einer solchen Auseinandersetzung unterliegen. Falls dann die Währungsunion auseinander bräche, hätten das die heute in der EU Herrschenden zu verantworten. Wenn deutsche Linke aber heute, ohne in derartige Konflikte hineingegangen zu sein, die Auflösung des Euro fordern, ziehen sie sich resignierend den Schuh der Herrschenden an. Wenn der Euro am neoliberalen Dogmatismus von EU-Kommission und deutscher Bundesregierung scheitert – und erst dann – sind linke Vorschläge zur Schadensbegrenzung gefragt. Bis dahin sollte alle Aufmerksamkeit auf die Schadensbehebung konzentriert werden. Dies würde die Voraussetzungen dafür verbessern, die Abkehr vom Neoliberalismus in Europa mit Hilfe einer reformierten Währungsunion, mit Hilfe reformierter europäischer Institutionen zu erreichen. Dies mag völlig unrealistisch klingen. Aber wenn dies nicht gelingt, muss dieselbe Herkulesaufgabe unter den Bedingungen einer neuerlichen Desintegration Europas angegangen werden. Leichter dürfte es dadurch nicht werden. Mit flexiblen Wechselkursen allein wird der Neoliberalismus jedenfalls nicht zu überwinden sein.

Axel Troost wird zwar in den Medien gelegentlich als „Reformer“ gehandelt, was sicherlich nicht völlig verkehrt ist, aber dabei ist er in der Sache weitaus radikaler als manche, die sich radikal fühlen. Denn er erinnert uns daran, wie komplex die europäische Herausforderung ist und warnt vor Illusionen über Patentlö-

sungen. Recht hat er: Ein Institutionengebäude wie das von Maastricht, das fast alle Ampeln für neoliberale Politik auf grün stellt, aber die für Sozialstandards und für gegenseitige Unterstützung und Annäherung der Volkswirtschaften auf rot oder bestenfalls gelb blinkend, kann nicht ohne harte Konflikte, Krisen und Brüche reformiert werden. Aussteigen aus dem immer enger werdenden europäischen Zusammenhang geht nicht – schon gar nicht in Fahrtrichtung links.

Literatur

- Altwater, Elmar (2013): Der politische Euro. Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 71 – 82.
- Flassbeck, Heiner/Lapavistas, Costas (2013): The Systemic Crisis of the Euro – True Causes and Effective Therapies. Berlin.
- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 59 – 70.
- Lehndorff, Steffen (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg.
- Scharpf, Fritz (2011): Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Simonazzi, Annamaria (2014): Chronik einer angekündigten Krise. Italien und Europa. In: Steffen Lehndorff, Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg, S. 64 – 80.
- Strecek, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Troost, Axel (2012): Abspringen oder die Weichen umstellen? – Das Für und Wider eines Ausstiegs aus dem Euro. <http://www.axel-troost.de/article/6749.abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro.html>
- Troost, Axel (2013a): Eurokrise: Am Bohren dicker Bretter kommen wir nicht vorbei. Neues Deutschland vom 9.5.2013. <http://www.axel-troost.de/article/7113.eurokrise-am-bohren-dicker-bretter-kommen-wir-nicht-vorbei.html>.
- Troost, Axel (2013b): Szenarien eines Endes der Euro-Zone. http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/sommerschule/sommerschule_2013/7129608.html.
- Troost, Axel (2014): Alternativen zur Troika-Politik. <http://www.axel-troost.de/article/7649.alternativen-zur-troika-politik.html>.
- Troost, Axel/Hersel, Philipp (2012): Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld-, und Wirtschaftspolitik in Europa. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2082>.
- Troost, Axel/Paus, Lisa (2011): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0. Berlin: Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts Solidarische Moderne Nr. 13. Neu veröffentlicht in Buckel, S./Oberndorfer, L./Troost, A./Ypsilanti, A. (Redaktion) (2013), Solidarisches Europa – Mosaiklinke Perspektiven. Hamburg, S. 43 – 65.